

Wahlprüfsteine VBIO LV Hessen

1. Befristungsregelung, Kettenverträge im Wissenschaftsbetrieb

Wie beabsichtigt Ihre Partei den prekären Beschäftigungsverhältnissen (Stichwort WissZeitVG) in der akademischen Forschung zu begegnen? Die gegenwärtige Situation führt bei vielen jungen Wissenschaftlerinnen zu Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit.

Seit Jahren kämpfen wir dafür die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen in allen Beschäftigungsbereichen zu verbieten. Die „gegenwärtige Situation“ hat ja bereits in den 1990er Jahren begonnen und eine gute akademische Forschungspraxis an den Universitäten verhindert.

Grundlegend sind universitäre Forschungseinrichtungen mit deutlich mehr Mitteln auszustatten. Weder ist es zu erwarten, noch zu verantworten, dass gesellschaftlich relevante Fragestellungen größtenteils über drittmittelfinanzierte Forschungszusammenhänge bearbeitet werden.

2. Evolutionslehre

Nimmt nach Ansicht Ihrer Partei die Evolutionslehre im Schulunterricht einen ausreichenden Stellenwert ein (z.B. im Vergleich zum Religions- bzw. Ethikunterricht)?

Nein. Die Evolutionslehre ist keine Frage der Anschauung oder persönlichen Präferenz, wie z.B. eine bestimmte Religionslehre. Die Evolutionstheorie ist eines der großen naturwissenschaftlichen Erklärungsmodelle, die tiefe Erkenntnisse

über die Entstehung, Veränderung aber auch den Niedergang biologischen Lebens auf der Erde ermöglicht. Ihr sollte mehr Raum in der schulischen Bildung gegeben werden.

Negativ beurteilen wir hingegen Bestrebungen, aktuelle soziale/ gesellschaftliche Entwicklungen auf Grundlage der Evolutionstheorie zu erklären. Soziobiologischen Erklärungsmustern stehen wir ähnlich kritisch gegenüber wie kreationistischen.

3. Biowissenschaftliche Bildung

Welche Ziele/ Maßnahmen verfolgt Ihre Partei, um die fachlichen Aspekte der MINT-Bildung, insbesondere in den modernen Biowissenschaften, qualitativ zu verbessern? Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Zahl an Schülerlaboren in Hessen zu steigern? Diese Labore sind für die Vermittlung der im Curriculum angegebenen Kompetenzen essentiell und können vielfach nicht durch den regulären Schulunterricht vermittelt werden.

Für einen qualitativ hochwertigen Unterricht muss die Zahl der Lehrkräfte an hessischen Schulen deutlich steigen. [Die Linke Hessen hat eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben:

<https://www.fibs.eu/referenzen/publikationen/publikation/prognose-der-schuelerzahl-und-des-lehrkraefte-bedarfs-an-allgemeinbildenden-schulen-in-hessen-bis-2030/>

Das gilt selbstverständlich auch für die naturwissenschaftlichen Fächer an den Schulen. Im Rahmen einer Ganztagschule für alle, für die DIE LINKE wirbt, muss es mehr Freiraum für Lehr- und Lernformen wie z.B. die Schülerlabore geben.

Seit einiger Zeit erreichen uns aus den Naturschutzverbänden Hinweise, dass die Lehrerausbildung, besonders im biowissenschaftlichen Bereich, an Qualität zu wünschen übrig ließe. Ökologische Zusammenhänge bis hin zu Fragen des Arten- und Naturschutzes, könnten nicht mehr adäquat vermittelt werden. Insbesondere die Artenkenntnis vieler neuer Lehrer*innen ließe zu wünschen übrig. Wir schließen daraus, dass es nicht nur mehr Lehrpersonal geben muss, sondern auch eine Reform der Lehrerbildung sowie mehr Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die verpflichtend besucht werden müssen.

4. **Curricula** und

5. **Arten- und Naturschutz**

Welche Pläne hat Ihre Partei für die künftige Gestaltung der Biologiecurricula? Sind Änderungen geplant und ggf. in welcher Weise?

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Bildung für nachhaltige Entwicklung in Schulen und Erwachsenenbildung – und damit die vom VBIO vertretenen Ziele von Arten- und Naturschutz - weiter zu entwickeln?

S. Antwort zu Frage Nr. 2

Inhalte von Lehrplänen müssen in guter Weise mit pädagogischen Fachgremien unter starker Beteiligung der Lehrkräfte sowie von pädagogischen sowie Fachwissenschaftler*innen erstellt werden.

Dabei sollten die Umweltwissenschaften mit ihren Erklärungen der ökologischen Krisenphänomene eine weitaus größere Rolle spielen. Klimawandel, Meeresversauerung, Artensterben sind Themen, mit denen Natur- und Umweltwissenschaftliche Grundlagen und Zusammenhänge – als Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung - an Schulen anschaulich vermittelt werden könnten. Bildung würde dadurch selbst nachhaltig werden. Und dies gilt für alle Stufen und fächerübergreifend.

6. **LOEWE-Programm**

Das LOEWE-Programm war bisher sehr erfolgreich und hat einiges in Bewegung versetzt. Wir befürchten, dass die Finanzierung zu früh beendet wird. Wir halten es für sinnvoll, besonders erfolgreiche Projekte fortzuführen, um die etablierte Infrastruktur und damit den wissenschaftlichen Output zu erhalten.

Welche Pläne verfolgt Ihre Partei bei der Fortführung des LOEWE-Programms?

Die Linke steht dem LOEWE-Programm kritisch gegenüber: Die Exzellenzinitiative verschärft die Ungleichheit der Lern- und Lehrbedingungen, indem sie die Starken stärkt und diejenigen Hochschulen schwächt, die mehr auf Lehre als auf Forschung setzen, mehr auf Sozial- und Geisteswissenschaften als auf MINT-Fächer etc. Das dahinterstehende politische Ziel war von Anfang

an, eine Reihe „Leuchtturm-Hochschulen“ in zu schaffen, die es mit Oxford, Yale und der Ivy League aufnehmen können. Dabei wurde völlig ignoriert, dass das deutsche Hochschulsystem international einen hervorragenden Ruf genoss und gerade deshalb so leistungsstark war, weil alle starke Leistungen erbrachten und dafür Geld bekamen.

Hinzu kommt noch, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften nur sehr gering in den Genuss der Fördermittel kommen.

Die Projekte allerdings sind auf jeden Fall schützens- und förderungswert. Allerdings muss der Wettbewerb in Bildung und Forschung zugunsten einer verlässlichen Grundfinanzierung ausgesetzt werden.

7. Gentechnikfreie Regionen

Seit 2014 ist Hessen Mitglied im „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“. Dass sich dieses Bündnis ausschließlich auf Gentechnik in der Landwirtschaft bezieht, wird u.E. nicht ausreichend transparent kommuniziert.

Welche Positionen bezieht Ihre Partei zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen?“ Halten Sie eine Reduzierung/ Abschaffung von Studieninhalten zur molekularen Pflanzenforschung für sinnvoll (kein bedarf für Absolventen in Hessen)?

Wegen der unkalkulierbaren Risiken, sprechen wir uns gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen aus. In diesem Sinne unterstützen wir auch die Bewegung für „Gentechnikfreie Regionen“. In Forschung und Medizin sind auf Gentechnik basierende Methoden nicht mehr weg zu denken. Dagegen richtet sich die Bewegung auch nicht. Auch die „molekulare Pflanzenforschung“ greift stark – aber nicht nur – auf gentechnische Methoden zurück. Auch das ist aus unserer Perspektive sinnvoll. Wir sehen keinen Grund die „Studieninhalten zur molekularen Pflanzenforschung“ zu reduzieren oder gar abzuschaffen.

8. Wahlfreiheit bei Lebensmitteln

Manche Produkte sind nur noch mit dem Siegel „ohne Gentechnik“ zu erhalten. Die Wahlfreiheit ist nicht mehr gegeben. Laut LEH und VLOG bedeutet das Siegel keinen nachweisbaren Nutzen für

Gesundheit und Umwelt und bedeutet u.E. eine Manipulation der Verbraucher. Studierende der molekularen Biowissenschaften fühlen sich dadurch verunsichert oder diskreditiert, dass der Verzicht auf ihre Studienexpertise anscheinend ein Qualitätsmerkmal ist. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei treffen, Transparenz und Wahlfreiheit zu gewährleisten sowie die Diskreditierung der modernen Biowissenschaften zu vermeiden?

Viel Verbraucher*innen sind Produkten gegenüber, die Teile gentechnische Veränderter Organismen enthalten – nicht in eins zu setzen mit Produkten, bei deren Herstellung Methoden aus der Gentechnik angewendet wurden, sehr kritisch eingestellt. So wie vegetarische oder vegane Produkte gekennzeichnet werden – auch hier könnte der Nutzen für die Gesundheit der Verbraucher in Frage gestellt werden, sollten auch Produkte, die frei von Gentechnik sind gekennzeichnet werden dürfen. Entgegen ihrer Fragestellung, sind wir der Auffassung, dass eine Kennzeichnung die Wahlfreiheit erhöht und nicht einschränkt, weil nur eine Kennzeichnung eine Wahl ermöglicht.

Weil die Entwicklung und der Einsatz von Gentechnik in der Nahrungsmittelproduktion sehr kostenintensiv ist, kann dies meist nur von großen Konzernen geleistet werden. Nicht wenige Verbraucher*innen verbinden daher mit ihrer Kaufentscheidung auch ein politisches Statement, gegen die zunehmende Macht der Konzerne in der Nahrungsmittelproduktion.

Davon abgesehen, dass „molekularen Biowissenschaften“ nicht mit Gentechnik gleich gesetzt werden können, wie in der Frage geschehen, erschließt sich nicht, warum das Siegel „ohne Gentechnik“ Studierende der molekularen Biowissenschaften „diskreditieren“ oder ihre „Studienexpertise“ überflüssig machen sollte.

9. Gen-Editierung

Der EuGH hat kürzlich entschieden, dass die neuen Gen-Editierungsmethoden so zu regulieren sind, wie die konventionelle Gentechnik. Dies führt u.E. zu Reduzierung und letztlich Einstellung von Forschung und Entwicklung besonders im Bereich Pflanzenzucht. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf auf diesem gebiet und welche Maßnahmen würden Sie ggf. ergreifen?

In der aktuellen Anwendung der Gen-Editierung hat sich gezeigt, dass die Methode in vielen Fällen nicht die ursprünglich erhoffte Genauigkeit aufweist. Selbst wenn Genabschnitte zielgenau verändert werden können, entsprechen die phänotypischen Effekte oft nicht den theoretischen Annahmen, was nicht zuletzt an den noch zu wenig verstandenen epigenetischen Wechselwirkungen liegt. Eine weitere Deregulierung des Einsatzes von Gen-Editierung befürworten wir daher nicht.

So wie bei der „konventionellen Gentechnik“ eine gesellschaftliche Regulierung nicht zum Zusammenbruch der Forschung geführt hat – auch das wurde von der Industrie und der von ihr abhängigen Wissenschaftler*innen immer behauptet – wird auch die Regulation der Gen-Editierung, entgegen der Annahme in der Fragestellung, nicht notwendigerweise zur „Reduzierung und letztlich Einstellung von Forschung und Entwicklung besonders im Bereich Pflanzenzucht“ führen.

10. Synthetische Biologie

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Nutzung der Synthetischen Biologie? Brauchen wir eine landes- oder bundesweite Strategie für die verantwortungsvolle und erfolgreiche Nutzung dieser Techniken?

Ja, wie bei allen Techniken mit potentiell zu so hohen Eingriffstiefen in ökologische Gefüge, wie die Synthetische Biologie, brauchen wir eine bundesweite Strategie für den verantwortungsvollen Umgang dieser Techniken!

11. Tierversuche

Unter Berücksichtigung der 3R-Strategien ist der VBIO der Ansicht, dass Tierversuche für den medizinischen Fortschritt, aber auch für Erkenntnisgewinn in der Grundlagenforschung unverzichtbar sind. Die Aktivitäten teilweise militanter Tierschützer nehmen zu und Forschungslabors müssen aufwändige Sicherheitsmaßnahmen treffen, um Mitarbeiter zu schützen.

Welche Position nimmt Ihre Partei zu Tierversuchen ein?

Der Einsatz von Wirbeltieren und komplexen Weichtieren in der Wissenschaft muss auf das absolut notwendige beschränkt werden. Methoden ohne Tierverbrauch sind immer vorzuziehen.

12. Translation von Forschungsergebnissen

Vielversprechende medizinische Therapieansätze stecken im Übergang zur klinischen Erforschung und Etablierung fest. Wie kann Ihre Politik den Prozess beschleunigen?

Welche Position nehmen Sie zur Forschung mit embryonalen Stammzellen ein?

Um medizinische Therapieansätze schnell auf ihren möglichen klinischen Einsatz hin zu überprüfen, braucht es sicher mehr Mittel und Personal, vor allem an Universitätskliniken. Aber auch die Forschungszusammenarbeit im Sinne einer kritischen Inter- oder Transdisziplinarität muss gestärkt werden. Diese Formen der Zusammenarbeit müssen auch in der Lehre bereits besser eingeübt werden.

DIE LINKE hat immer betont, dass ethisch weniger umstrittene Forschungsmethoden, als die mit embryonalen Stammzellen, in Deutschland ein größerer Stellenwert eingeräumt werden muss. Dazu gehören die adulte Stammzellforschung oder die Reprogrammierung adulter Stammzellen zu induzierten pluripotenten Stammzellen, die ähnliche Eigenschaften wie die als "Alleskönner" geltenden embryonalen Stammzellen aufweisen. (s.

[Stammzellgesetz](#)

[Themenpapiere der Bundestagsfraktion](#))